

Sozialistisches Neusprech

Am 4. Juni 2011 schrieb Oskar Lafontaine im Tagesspiegel einen Artikel, in dem er versuchte aufzuzeigen, dass er und seine Genossen im Herzen doch wahre Liberale seien¹. Aus lauter Entsetzen machte ich mich daran, seinen Essay Stück für Stück inhaltlich zu prüfen und kritisch zu kommentieren.

Ich erkenne in Lafontaines Text ein Paradebeispiel Orwell'schen Neusprechs und der Verdrehung wirtschaftswissenschaftlicher Tatsachen mit dem Ziel, die Begriffswelt der Leser zu manipulieren und ihre Missgunst gegen die wirkliche Freiheit zu richten.

Im Folgenden präsentiere ich meine Ergebnisse. Um Urheberrechtsverletzungen und Konflikte mit dem Tagesspiegel zu vermeiden, präsentiere ich hier den Text Oskar Lafontaines in kurzen, kursiv gedruckten Auszügen. Der ganze Artikel kann online auf der Seite des Tagesspiegels abgerufen werden:

[...] Für mich war und ist der Sozialismus nichts anderes als ein zu Ende gedachter Liberalismus. Die Begründung dafür finden wir in einem der bemerkenswertesten Bücher, die ich in letzter Zeit gelesen habe: „Freiheit als Privileg“ von Domenico Losurdo, das 2010 im PapyRossa Verlag erschien.

Freiheit soll ein Privileg sein ? Laut Wikipedia ist ein Privileg „(v. lat.: privilegium = Ausnahmegesetz, Vorrecht; Plural: Privilegien) [...] ein Vorrecht, das einer einzelnen Person oder einer Personengruppe zugestanden wird.“² Das ist schon harter Tobak zum Einstieg. Per Definition soll Freiheit also nicht allen Bürgern, sondern nur bestimmten Individuen und Personengruppen zugestanden werden. Doch wer entscheidet, welche Instanz richtet darüber, wer frei sein darf und wer nicht ? Wer sonst, als die Gleichen unter den Gleichen...

[...] Theoretiker des Liberalismus hatten kein Problem, das hohe Lied der Freiheit zu singen und gleichzeitig die Unfreiheit und Unterdrückung ganzer Völker und benachteiligter Gesellschaftsschichten zu rechtfertigen.

In Lafontaines Geschichtsauffassung haben sich also die Liberalen als die Gleichen betrachtet. Nun gut, leider fehlt hier ein literarischer Beleg. Ich kenne keinen liberalen Autor, der die Meinung vertritt, es gebe eine Rechtfertigung für eine Klassengesellschaft. Vielleicht gibt es die. Lafontaine kann jedenfalls keinen Liberalen in seinem Sinne zitieren.

So schrieb der Aufklärer Condorcet im 18. Jahrhundert über das Amerika der liberalen Sklavenhalter George Washington, Thomas Jefferson und James Madison: „Der Amerikaner vergisst, dass die Neger Menschen sind; er hat zu ihnen keinerlei moralische Beziehung; sie sind für ihn lediglich Objekte des Profits.“

¹ <http://www.tagesspiegel.de/politik/sozialisten-sind-die-wahren-liberalen/4250886.html> vom 5. Juni 2011

² <http://de.wikipedia.org/wiki/Privileg> vom 5. Juni 2011

Washington, Jefferson und Madison kommen hier leider nicht selbst zu Wort. Es wäre doch interessant gewesen zu lesen, was sie von ihren Sklaven hielten.

[...] Wäre das Urteil: „Der Neoliberale vergisst, dass Leiharbeiter, Aufstocker oder 1-Euro-Jobber Menschen sind. Er hat zu ihnen keinerlei moralische Beziehungen; sie sind für ihn lediglich Objekte des Profits“ eine unzulässige Polemik? So lange die heutigen Liberalen den Arbeitsmarkt deregulieren und die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse beschleunigen, haben sie einen pervertierten Begriff von der Freiheit und von einem „mitfühlenden Liberalismus“ kann schon gar nicht die Rede sein.

Diese Textstelle ist eine ganz entscheidende. Denn Lafontaine zeigt hier, dass er den Sinn und Zweck einer Marktwirtschaft missversteht oder die Leser gezielt manipulieren will. Marktwirtschaft ist nicht dazu geeignet und nicht dafür gemacht, um ein Paradies auf Erden zu schaffen. Es ist das einzige System, das zwischen Menschen funktionieren kann, die Waren oder Arbeitskraft gegen Geld tauschen wollen. Ein solches funktionierendes Tauschsystem anzubieten, ist der einzige Sinn und Zweck der liberalen Marktwirtschaft. Marktwirtschaft basiert auf Freiheit. Niemand wird gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Die ausbeuterischen Tendenzen von Leiharbeit, die wir heutzutage beobachten können, basieren einzig und allein auf staatlichen Eingriffen. Diese Eingriffe beginnen schon bei der Geldschöpfung. Gäbe es echtes Geld in einem wirklich freien marktwirtschaftlichen System, könne nahezu niemand, auch nicht durch äußere Umstände oder Lebensbedingungen, dazu gezwungen werden, eine Arbeitsstelle anzunehmen, die für ihn keinen oder zu wenig Nutzen birgt. Wie gesagt kann und will der Liberalismus nicht das Paradies auf Erden schaffen und viele Menschen werden auch in einer wirklichen Marktwirtschaft Brüche in ihren Biographien erleben. Doch so war es auch in der Vergangenheit. In der Natur ist es nicht anders. An diesem Punkt glauben sozialistische Denker, ein Paradies unter der göttlichen Allmacht des Staates entstehen lassen zu können. Dies ist ein absurder Irrglaube, der in der Vergangenheit viele Millionen Menschenleben gekostet hat. Ein Paradies wird es auf Erden nie geben. Aber wir Menschen können friedlich zusammen leben. Und eine freiheitliche Marktwirtschaft ist dazu ein wichtiger Baustein.

[...] Wer am Monatsende nicht weiß, ob er noch genug Geld hat, sich und seine Familie zu ernähren, ist nicht frei. Und junge Menschen, die von einem befristeten Arbeitsverhältnis zum nächsten weitergereicht werden, scheuen davor zurück, eine Familie zu gründen. Es ist auch kein Zufall, dass der japanische Atomkonzern Tepco Leiharbeiter in die verstrahlten Reaktoren schickte. [...]

Auch ein hungernder Mensch ist frei. Gegen den Willen der Leiharbeitsfirmen kann man sich auflehnen. Lafontaine möchte den Lesern einreden, wir Menschen würden in einer brutalen Konkurrenz zueinander stehen. Doch das ist falsch. Ein Markt funktioniert nur unter Menschen, die sich auf Tauschaktionen einigen. Beide suchen dabei natürlich den größten Vorteil für sich. Doch eine Zerstörung des Genenübers würde auch die eigene wirtschaftliche Situation verschlechtern,

weil dann ein Tauschpartner wegfällt und die Nachfrage nach meinem Produkt, meiner Arbeitskraft oder nach meinem Geld nachlässt.

Alles andere sind psychologische Effekte, die größtenteils der Staat provoziert. Die Bürger werden schwach geredet und das schon seit Kindesbeinen.

Eine Firma allein kann auch keine Leiharbeiter in verstrahlte Reaktoren schicken. Dafür braucht es Zwang – entweder psychologische Manipulation, Obrigkeitshörigkeit oder das staatliche Gewaltmonopol. Ohne diese Einflüsse könnte jeder Arbeiter jederzeit sagen, dass er nicht in einem verstrahlten Reaktor arbeiten wird und könnte einfach nach Hause gehen.

Karl-Hermann Flach schrieb: „Der Liberalismus hat nach seinem großen und erfolgreichen Kampf um geistige Freiheit, bürgerliche Rechte und verbrieftete Verfassung teilweise versagt, ließ sich als Interessenvertreter privilegierter Schichten missbrauchen ...“ Daran hat sich bis zum heutigen Tage nichts geändert. Die Liberalen tragen wie kaum eine andere Partei Mitverantwortung für die immer ungerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung. Für Karl-Hermann Flach bedeutete Liberalismus nicht Freiheit und Würde einer Schicht, sondern persönliche Freiheit und Menschenwürde der größtmöglichen Zahl. [...]

Karl-Hermann Flach war Politiker in der sozialliberalen Koalition, Mitglied in der FDP³. Ist die FDP eine liberale Partei? Ganz bestimmt nicht! Zum Beleg reicht schon folgendes Zitat aus dem FDP-Programm zur Bundestagswahl 2009:

„Die FDP legt beim Klimaschutz ein hohes Gewicht auf den Emissionshandel. Er gewährleistet einen wirksamen Umweltschutz zu den geringsten wirtschaftlichen Kosten. Er kann zahlreiche Regulierungen, Subventionen und Umweltsteuern ersetzen. **Beim Emissionshandel begrenzt der Staat die Menge zulässiger Treibhausgase** durch die Ausgabe von Emissionsrechten, die dann auf dem Markt frei gehandelt werden.“⁴

Die FDP fordert also, dass der Staat die Menge von CO² regulieren soll. Jeder Mensch produziert CO² bei der Atmung. Wie weit kann denn diese Regulierung gehen?

Das Thema führt an dieser Stelle zu weit. Aber allein das Wort „Regulierung“ dürfte im Programm einer liberalen Partei nicht im positiven gebraucht werden. Die FDP ist also nicht als liberale Partei zu betrachten.

Der Sozialismus ist zu Ende gedachter Liberalismus

Allein diese Zwischenüberschrift ist blanker Unsinn. Sozialismus basiert auf Egalitarismus⁵, auf der Gleichheit aller, nicht nur vor dem Gesetz, sondern vor allem gesteuert durch eine allmächtige Exekutive. Ein Individuum kann sich aber nicht frei entfalten, wenn es mit Gewalt dazu gezwungen wird, genauso leben und handeln zu müssen wie seine Mitmenschen. Solche Zwänge zur Gleichheit führten in der Menschheitsgeschichte immer zu Inhumanität, Unfreiheit und Mord. Der Sozialismus

³ http://de.wikipedia.org/wiki/Karl-Hermann_Flach vom 5. Juni 2011

⁴ http://www.deutschlandprogramm.de/files/653/Deutschlandprogramm09_Endfassung.PDF, Seite 55

⁵ <http://de.wikipedia.org/wiki/Egalitarismus> vom 5. Juni 2011

widerspricht der Freiheit in vollem Umfang ! Die DDR, Nordkorea und die UdSSR sind warnende Beispiele.

[...] Die Vermögenskonzentration in den westlichen Industriegesellschaften führt selbst bei wachsendem Lebensstandard und steigender sozialer Sicherung der lohnabhängigen Massen zu einer Disparität [...]

Die Vermögenskonzentration ist eine Folge der Geldschöpfung ohne Maß durch den Staat. Wenn unser Geld ein wirklich freies Marktgeld wäre, gäbe es auch große Vermögen. Aber die Risiken wären viel größer, diese Vermögen wieder zu verlieren. Ein freier Markt kennt nicht den Ausdruck „too big to fail“ ! Wenn ein reicher Unternehmer eine falsche Entscheidung trifft, kann er sein gesamtes Vermögen verlieren. Monopole sind Folge der Staatseingriffe und des staatlichen Schutzes einzelner Unternehmen. Und dies ist nicht Inhalt des Liberalismus' sondern des Sozialismus'. Im Sozialismus schützt der Staat die Unternehmen, die ihm genehm und von Vorteil sind. Zudem wurde der Begriff „Kapitalismus“ als Kampfbegriff von Karl Marx erfunden. Kein Liberaler hat jemals die Kapitalanhäufung als Ziel der Marktwirtschaft beschrieben.

[...] Das wird aber bis zum heutigen Tage fortgesetzt und hat sich als allein denkbare und gültige Wirtschaftsordnung so in den Köpfen festgesetzt, dass auch Gesetzesvorschriften, die eine andere Eigentumsverteilung nahelegen, nicht mehr beachtet werden. Im § 950 des BGB steht: „Wer durch Verarbeitung oder Umbildung eines oder mehrerer Stoffe eine bewegliche Sache herstellt, erwirbt das Eigentum an der neuen Sache.“ Man kann es drehen und wenden, wie man will. Nach unserem BGB gehören die VWs nicht den Piëchs und die BMWs nicht den Quandts oder Klattens, sondern den Beschäftigten, die durch Verarbeitung und Umbildung mehrerer Stoffe eine bewegliche Sache, das Auto, hergestellt haben. K. H. Flach kam auf den Punkt: „Das Problem des Kapitalismus besteht nicht darin, dass Unternehmer Gewinne erwirtschaften und entnehmen, sondern darin, dass die ständig notwendige Reinvestition des größten Teils der Gewinne nicht nur moderne Produktionsanlagen und Arbeitsplätze schafft, sondern eine ständige Vermögensvermehrung in der Hand der Vorbesitzer der Produktionsmittel.“ Daraus folgt, dass die ständige Vermögensvermehrung vor allem den Arbeitnehmern zugute kommen muss und nicht den Besitzern der Produktionsmittel. [...]

Nochmals: Kapitalanhäufung gehört nicht zum Konzept der Marktwirtschaft. Legitimes Ziel eines jeden unternehmerischen Handelns ist es, Gewinn zu erwirtschaften, um dadurch seinen Lebensstandard zu stabilisieren oder zu verbessern. Wie soll eine Wirtschaftsordnung ohne ein solches Streben aussehen ? Wozu sollten die Menschen dann noch arbeiten gehen ? Die Angestellten gehen aus dem gleichen Grund arbeiten. Und wenn sie ihren Gewinn als zu gering erachten, sind sie jederzeit frei, die Anstellung zu kündigen und sich einen Arbeitgeber zu suchen, der höhere Löhne zahlt. Das ist ein ganz einfaches Prinzip. Welche Ordnung wäre hier sinnvoller ? Was schwebt dem Herrn Lafontaine hier vor ?

[...] Statt zu investieren tragen Anteilseigner oder Manager immer größere Teile der Gewinne ins Spielcasino.

Zum Anderen scheint Herr Lafontaine hier nur Großkonzerne im Kopf zu haben. Der einfache Handwerksmeister wird seinen Gewinn nicht in das Spielcasino tragen können. Großkonzerne, ihre

Monopole und Gewinne werden geschützt durch den Staat. Dies ist kein Baustein des Liberalismus, sondern ein wesentlicher Teil des Sozialismus – Stichwort „Staatsmonopolkapitalismus“.

[...] Die Entwicklung im Finanzsektor zeigt exemplarisch, wie wirtschaftliche Macht missbraucht wird. Die privaten Banken und Finanzdienstleister haben sich längst selbst verstaatlicht, weil sie so groß geworden sind, dass der Staat sie im Falle des Konkurses nicht fallen lassen kann.

Mir fällt kein Grund ein, warum Unternehmen vom Staat geschützt werden sollten. Aber unter dem Stichwort „Wettbewerb“ schreibt Lafontaine zum ersten Mal etwas Wahres. Er missachtet jedoch, dass der Staat den Wettbewerb verhindert, den er fordert. Kartellgesetze sind in der jetzigen Wirtschaftsordnung notwendig, jedoch werden sie durch zahlreiche Verzahnungen des Staates mit den Großkonzernen ausgehebelt. Und diese Verzahnung hat rein gar nichts mit einer freien Marktwirtschaft zu tun.

[...] Ein Gesetz sollte festlegen, dass das Bilanzvolumen keiner Bank in Deutschland größer sein darf als 10 Prozent des BIP. Die Deutsche Bank beispielsweise könnte dann allenfalls eine Bilanzsumme von 250 Milliarden haben, nicht aber eine von 2000 Milliarden. Ein die Bilanzen der Geldhäuser beschränkender Gesetzentwurf stünde den Liberalen gut zu Gesicht. [...]

Konzerne sind mittlerweile weltweit engagiert. Warum sollten man sie auf das BIP eines bestimmten Landes begrenzen. Die Entstehung von Monopolen ist auch in der freien Marktwirtschaft ein normaler Vorgang – jedoch auch ihr Verschwinden. In der aktuellen Wirtschaftsordnung verschwinden Monopole jedoch sehr selten. Das liegt in ihrer Protektion durch den Staat. Sozialismus bedeutet mehr Staat, mehr Staat bedeutet mehr Schutz der Großkonzerne. Ohne einen starken Staat gäbe es niemanden, der Großkonzerne schützen könnte. Weniger Staat bedeutet mehr Risiko für Großkonzerne und damit mehr Wettbewerb.

[...] Wie die Sozialisten sieht Flach im Sozialstaat die notwendige Voraussetzung einer freiheitlichen Gesellschaft. Hier findet die Maxime, dass Freiheit und Gleichheit einander bedingen, ihre Begründung. Mit Gleichheit sind nicht gleiches Aussehen, gleiches Einkommen oder gleiches Vermögen gemeint sondern, dass alle Menschen in ihrer Würde gleich sind. [...]

Auch die jetzige Sozialversicherung basiert auf Zwang und damit auf Unfreiheit. Viel besser wäre hier die Lösung durch eine private Absicherung. Bei Einführung eines echten Marktgeldes, das nicht maß- und wahllos durch den Staat geschöpft werden kann, bei einer weitestgehenden Streichung aller Steuern hätte jeder Bürger genug Geld, um sich privat gegen eine Berufsunfähigkeit zu versichern. Zu Details verweise ich auf die Berechnungen von Oliver Janich⁶.

[...] Der gleiche Staatsbürger, der seine Gesetzgebungsorgane wählt, auf die Bildung seiner Regierung einen gewissen Einfluss nehmen kann und durch ein System öffentlicher Information und Diskussion an der Kontrolle seiner Obrigkeit beteiligt ist, sackt als Wirtschaftsbürger wieder zum Untertan zusammen“, schrieb der ehemalige FDP-Generalsekretär.

⁶ Oliver Janich, „Das Kapitalismus-Komplott“, Finanzbuch Verlag, 2010

Dies ist vielleicht in den protektionierten Großkonzernen die Tagesordnung. Aber in den Betrieben des Mittelstandes findet man keine Gewalt des Arbeitgebers, der nicht durch arbeitsrechtliche Mittel beizukommen wäre.

Freiheit und Gleichheit bedingen einander. Die Befreiung des Liberalismus aus seiner Klassengebundenheit und vom Kapitalismus sind Voraussetzung seiner Zukunft.

Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz bedingen einander. Die Gleichheit aller Menschen aber ist ein Irrglaube. Daher versuchten rote und braune Sozialisten in der Vergangenheit immer wieder, die Menschen an ihr System anzupassen – und das immer mit grausamen Folgen.

[...] Mit einem prekären Arbeitsplatz wird das Leben immer weniger planbar, da alles auf Kurzfristigkeit angelegt ist, werden kaum noch langfristige Ziele verfolgt. Es mutet vor diesem Hintergrund eher komisch an, wenn alle Parteien, darunter auch die Liberalen, die Nachhaltigkeit zur Grundlage ihrer Politik machen wollen, um dem Umweltschutz gerecht zu werden. Wer die Umwelt schützen will, und das gilt auch für die Grünen, die den Krieg als Mittel der Politik wieder hoffähig gemacht haben, muss zuerst einmal wieder lernen, die Menschen zu schützen.

War das Leben jemals planbar ? Wie schon oben beschrieben kann es ein Paradies auf Erden niemals geben und der Mensch wird sich immer wieder an seine Umwelt anpassen müssen. Kein Wirtschaftssystem auf der Welt kann ihm diese Aufgabe abnehmen, ohne ihm dabei grundlegende Rechte, seine Würde und seine Freiheit zu rauben.

[...] Eigentum und Vermögen, das gemeinsam erarbeitet wird, kann nicht Einzelnen zugeteilt werden.

Aber genau das will der Sozialismus. Die Güter und Waren werden hier durch den Staat willkürlich an seine Bürger verteilt. In der freien Marktwirtschaft hat jeder Mensch die Chance, Eigentum zu erarbeiten. Garantiertes Eigentum gibt es natürlich nicht. Aber dies wäre auch ein paradiesischer Zustand, der in der Natur leider nicht vorgesehen ist. Der Mensch kann sich leider nicht darüber erheben, stets um sein Auskommen kämpfen zu müssen. Dies hat die Natur für alle Lebewesen so vorgesehen. Eine Änderung dieses Prinzips würde mit einer Änderung des Menschen einhergehen müssen. Entweder der Einzelne passt sich einem egalitären System an oder er wird aus der Gesellschaft verbannt.

Da weder Privateigentum noch Staatseigentum die Lösung sind, brauchen wir eine neue Eigentumsform, das Belegschaftseigentum. Es ist nicht veräußerbar und wird von Belegschaft zu Belegschaft, statt von Firmenerbe zu Firmenerbe weitergegeben. Aus abhängig Beschäftigten werden Anteilseigner, die eigenverantwortlich über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze entscheiden. [...]

Ist dies nicht die Idee der Kooperative ? Auch hier wird es wieder Gleichere unter Gleichen geben, die das Eigentum an sich reißen würden.

Insgesamt ist dieser Essay Lafontaines ein sehr gutes Beispiel für Orwell'sches Neusprech. Durch die Verdrehung von Begriffen, durch ihre Umdeutung, durch den Austausch sozialistischer und liberaler Definitionen versucht Lafontaine, neue Wahrheiten zu erschaffen. Weiß soll schwarz sein, und schwarz soll weiß sein.

Um solchen Manipulationen zu widerstehen, ist es dringend notwendig, elementare Begriffe der Wirtschafts- und Politikwissenschaften sowie bedeutende historische Fakten zu kennen und verinnerlicht zu haben – dies schon beginnend mit dem Sinn und Zweck von Geld, mit der Art und Weise der Geldschöpfung usw.

Sozialismus hat bislang immer Millionen von Menschen das Leben und die Existenz gekostet – egal, ob die Sozialisten braun oder rot waren. Und sozialistische Konzepte werden auch nicht dadurch humaner, indem Herr Lafontaine ihnen nun eine liberale Grundierung verleiht.



Henning Lindhoff, M.A. "Counselling and Social Advocacy", Jahrgang 1982, lebt in Köln und ist von Beruf Sonderpädagoge. Er recherchiert seit März 2007 intensiv zu den Themen Geldsystem, Wirtschaft und Elitenpolitik. Seine Aufsätze wurden bislang auf verschiedenen Websites mit ökonomischem und politischem Themenschwerpunkt veröffentlicht. Sein erstes Buch zum Thema Betreuungsrecht erschien im Februar 2011. Er ist online erreichbar unter <http://about.me/lindhoff> und h.lindhoff@t-online.de.